

standhaft für die Pressefreiheit in China zu kämpfen. Ferner drohte er an, sich an renommierte Kooperationspartner der Beijing-Universität in den USA und Großbritannien mit der Bitte um Unterstützung zu wenden und gegebenenfalls das internationale Image der Beijing-Universität in Frage zu stellen. Ferner plane er, eine Unterschriftenkampagne unter Dozenten und Studenten der Hochschule zu starten sowie Petitionen an verschiedene staatliche Aufsichtsorgane zu verfassen. Auch wenn ihm bewusst sei, dass er als Einzelner kaum etwas auszurichten vermöge, wolle er dennoch ohne Rücksicht auf persönliche Härten bis zum Ende Widerstand leisten.

Die Aufforderung zum „freiwilligen Rücktritt“, die faktisch einer Entlassung gleichkommt, erhielt Jiao Guobiao postwendend an seine Beijinger Anschrift, nachdem er am 16. März in die USA ausgereist war. In Interviews erklärte er, dass er sich diesem Schritt nicht beugen wolle und nach seiner Rückkehr nach China für seinen Lehrstuhl an der Beijing-Universität kämpfen wolle. Am Beispiel seiner Person solle damit offenbar werden, dass die „in den vergangenen Jahrzehnten gegenüber den Intellektuellen verfolgte Politik bankrott“ sei. Bis dahin plane er, sich im Rahmen seines halbjährigen Aufenthaltes am National Endowment for Democracy einem Forschungsprojekt zum chinesischen Medienwesen zu widmen, welches er insbesondere im historischen Vergleich mit der Medienpolitik der Guomindang, der deutschen Nationalsozialisten und der kommunistischen Führung in der Sowjetunion zu untersuchen beabsichtige.

Angesichts dieser fundamentalen Kampfansage dürfte die parteistaatliche Führung vieles daran setzen, eine Rückkehr Jiao Guobiao nach China zu verhindern. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass ihm mittelfristig keine andere Wahl bleiben wird, als sich – wie vor ihm auch andere kritische Akademiker – in die oftmals unfreiwillige Gemeinschaft exilierter Dissidenten einzureihen. Auch wenn diese von

der chinesischen Führung als demobilisierte Opposition betrachtet wird, scheint ihre politische Schlagkraft allmählich anzuwachsen. Mit Jiao Guobiao dürfte sie einen scharfzüngigen Vertreter hinzugewinnen. (*Yazhou zhoukan*, 25.3.05, *Xin shiji*, 25.3.05, nach www.chinesenews.net.com, 26.3.05; www.zonaeuropa.com/20050328_3.htm; www.rfa.org, 29.3.05) -hol-

20 Uighurin Rebiya Kadeer aus der Haft entlassen

Wenige Tage vor dem Besuch der US-amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice in Beijing ist die uighurische Geschäftsfrau Rebiya Kadeer, für deren Freilassung sich internationale Menschenrechtsorganisationen und Regierungen seit mehreren Jahren eingesetzt hatten, am 17. März „aus gesundheitlichen Gründen“ aus der Haft entlassen worden. Ihr wurde die Ausreise in die USA gestattet, um sich dort einer medizinischen Behandlung zu unterziehen.

Frau Kadeer war im August 1999 verhaftet und im März 2000 wegen „illegaler Verbreitung von Staatsgeheimnissen“ zu acht Jahren Haft verurteilt worden, die sie seither in einem Gefängnis in Urumqi, Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, verbüßte. Die heute 58-Jährige, Mutter von elf Kindern, war als Leiterin eines Kaufhauses in Urumqi Mitte der 1990er Jahre zu einer der erfolgreichsten Unternehmerinnen Chinas und international bekannten Persönlichkeit aufgestiegen. Dank ihres Engagements zur Förderung von Existenzgründungen durch chinesische Unternehmerinnen wurde ihr ein Abgeordnetensitz im Nationalen Volkskongress zuerkannt; 1995 wurde sie außerdem als offizielle Vertreterin Chinas auf den in Beijing tagenden Weltfrauenkongress entsandt.

Seit 1996 geriet sie jedoch unter wachsenden politischen Druck, nachdem ihr Ehemann 1996 in die USA geflohen war. Ihr Abgeordnetensitz wurde ihr entzogen, als sie sich weigerte, sich von ihrem Mann

scheiden zu lassen. Ihre Verhaftung im August 1999 erfolgte anlässlich einer Verabredung mit dem Mitglied einer Delegation des US-amerikanischen Kongresses in Urumqi, dem sie „Staatsgeheimnisse“ in Gestalt von Zeitungsausschnitten übermittelt haben soll.

Seither haben sich internationale Menschenrechtsgruppen für Frau Kadeer eingesetzt. Im Jahr 2000 erhielt sie für ihren Einsatz für die uighurische Bevölkerung eine Auszeichnung der Organisation Human Rights Watch; Anfang 2005 wurde sie für den Friedensnobelpreis nominiert. US-amerikanische Politiker forderten an prominenter Stelle regelmäßig ihre Freilassung. Nach der jüngsten Ausreise Rebiya Kadeers in die USA dürfte einem permanenten Aufenthalt dort kaum im Wege stehen. (ST, 18.3.05; WSJ, 24.3.05; www.amnesty.org, 17.3.05) -hol-

Bildung und Wissenschaft

Günter Schucher

21 Bildungsministerium veröffentlicht Statistik für 2004

Das Bildungsministerium hat am 1. März die Zahlen für die Entwicklung im letzten Jahr veröffentlicht und dabei mit einem gewissen Stolz auf die positive Entwicklung verwiesen. So erreicht die 9-jährige Pflichtschule bereits 93,6% der Bevölkerung, noch 1,8% mehr als im Vorjahr. Allerdings liege die Quote der Schulabbrecher in der unteren Mittelschule (7.-9. Klasse) immer noch bei 2,49%, d.h. 2 Mio. Schüler haben im letzten Jahr die Schule vor Ende der 9. Klasse verlassen.

Obwohl damit auch das Ministerium auf den wesentlichen Schwachpunkt seiner Statistik hinweist, halten Bildungsexperten auch diese Angaben noch für zu positiv. Nach einer Schätzung von Marianne Bastid-

Bruguiere haben nur 80% der Kinder bis 15 Jahre eine Schulbildung (vgl. *China Perspectives*, 2001/36, S. 17ff., oder auch C.a., 2003/5, S. 578ff.). Die Lage könnte sich aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren verbessern, da die Schülerzahlen abnehmen. Schon 2004 sank daraufhin die Zahl der Grundschulen um 31.700, die der unteren Mittelschulen um 973.

Angesichts der Erfolgszahlen für die Pflichtschule schlug ein Delegierter des Nationalen Volkskongresses im März die Einführung der 12-jährigen Pflichtschule vor. Dann könne man mehr qualifizierte Arbeiter ausbilden, den Arbeitslosendruck verringern, arme Familien mit „knowledge assets“ versorgen und letztlich auch zur Lösung der Probleme der Landwirtschaft beitragen. Beijing hat in der Tat bereits angekündigt, die 12-jährige Pflichtschule schrittweise einzuführen; und in Shanghai soll dieses Ziel dem gleichen Bericht zufolge bereits erreicht sein, sodass man sich hier auf die Einführung einer 14-jährigen Pflichtbildung zubewege.

In der Statistik des Bildungsministeriums werden auch für die anderen Schulstufen steigende Zahlen gegenüber 2003 genannt:

- Die Zahl der allgemein bildenden oberen Mittelschulen nahm um 219 zu, 62,9% der Abgänger unterer Mittelschulen schafften den Übergang und die Quote des Schulbesuchs in den oberen Mittelschulen stieg um 3 Prozentpunkte auf 47,55%.
- Die Zahl der mittleren Berufsschulen nahm zwar um 142 ab, aber die Zahl der Schüler dort stieg um 8,85%; dennoch sind die Berufsschulen in der Sekundarstufe II immer noch zu gering besucht, von den neu aufgenommenen Schülern in dieser Stufe erhielten sie 40,02%, an den Schülerzahlen insgesamt haben sie einen Anteil von 37,92%.
- Der tertiäre Sektor weitet sich weiter aus, die Zahl der Stu-

denten überschritt 20 Mio., womit die Bruttobeteiligungsquote bei 19% lag, ein Anstieg um 2%.

- Als beachtlich wird der Anstieg der Beteiligung an vorschulischer Bildung um 3,35% bezeichnet, insgesamt aber sei die Beteiligung mit 40,75% noch zu gering.
- Auch die privaten Bildungseinrichtungen haben sich positiv entwickelt, bei den allgemein bildenden Hochschulen haben sie einen Studentenanteil von 10,47%, ein Anstieg um 3,16%; der Anteil der Schüler in Privatschulen bei allgemein bildenden oberen Mittelschulen und mittleren Berufsschulen beträgt 8,21%, 1,36% mehr als im Vorjahr. 27,98% der Kindergartenkinder verbringen ihre Zeit in privaten Kindergärten, ein Plus von 4%. (RMRB, 2.3.05; XNA, 13.3.05)

22 Zahl der Berufsschüler soll steigen

Bildungsminister Zhou Ji hat auf einer Konferenz in Sichuan Anfang März angekündigt, dass die Zahl der Schulanfänger in der mittleren Berufsbildung (*zhongdeng zhiye jiaoyu*) in diesem Jahr gegenüber 2004 um eine weitere Million steigen soll. Damit würden 2005 6,5 Mio. neue Schüler in den mittleren Berufsschulen aufgenommen werden. Dies sei notwendig, so Zhou, da man sich bei der notwendigen verstärkten Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte nicht allein auf die allgemein bildenden oberen Mittelschulen verlassen könne. Die Sekundarstufe II (10.-12. Schuljahr) besuchten derzeit 44% der Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppe; im Jahr 2004 waren 8,2 Mio. Schüler von der Sekundarstufe I auf die oberen Mittelschulen und 5,5 Mio. auf die mittleren Berufsschulen gewechselt. Das heißt, aber, dass 7 Mio. keine weiterführende Schule besuchen konnten. Auch wenn bis zum Jahre 2020 für die Hochschulen eine Brut-

toaufnahmequote von 40% erreicht würde (sie lag 2004 bei gut 19% – gs), müssten immer noch 60% der Schüler auf mittleren Berufsschulen ausgebildet werden. Dies zeige, wie wichtig deren Entwicklung sei und dass diese gleichgewichtig zu den allgemein bildenden Schulen erfolgen müsse. (GMRB, 8.3.05)

23 Mehr Bildungsgerechtigkeit gefordert

Bildungsgerechtigkeit (*jiaoyu gongping*) ist im Frühjahr 2005 eines der meist gebrauchten Begriffe der Bildungspolitik. Dabei geht es vor allem darum, dass im Zuge des beschleunigten Ausbaus des Bildungswesens die Menschen in den weniger entwickelten Gebieten und auf dem Lande nicht von der Entwicklung abgekoppelt werden. Untersuchungen zeigen dabei ein uneinheitliches Bild: Einerseits konnte die 9-jährige Pflichtschule noch nicht überall durchgesetzt werden und soll die Quote der Schulabbrecher in ländlichen Schulen wieder zugenommen haben, andererseits sollen vor allem seit 2001 Schüler und Studenten vom Lande prozentual wieder Anschluss an die städtische Entwicklung gefunden haben.

Der Präsident der Nankai Universität in Tianjin, Hou Zixin, verwies im Vorfeld des Nationalen Volkskongresses auf eine Untersuchung der Parteischule der KP Chinas in 16 Provinzen, wonach die Dropout-Zahlen in ländlichen Schulen wieder zunehmen. Auch habe die Landbevölkerung eine weit geringere Schulbildung als Stadtbewohner: Erste habe zu 50% nur eine Grundschulbildung, bei Letzteren treffe dies nur zu 16,3% zu.

Die Ergebnisse einer „Untersuchung zur Gerechtigkeit in der chinesischen Hochschulbildung“ zeigen dagegen einen leichten (und evtl. eher statistisch errechneten – gs) Gegenteil. Einerseits würden neu immatrikulierte ländliche Studenten vor allem an geringerwertigen (*feizhongdian*) regionalen Hochschulen studieren, wo ihr Anteil sogar zunahm, während bei den neuen Studenten

an Schwerpunkthochschulen der Anteil der ländlichen Studenten seit den 90er Jahren abnimmt. Auch sei der Anteil der städtischen Teilnehmer an den Hochschulprüfungen seit 1997 immer stärker gestiegen als der der ländlichen und habe 2001 erstmals insgesamt den der ländlichen übertroffen. So habe die Ausweitung der Studentenzahlen nach 1999 zuerst der Stadtbevölkerung genutzt. Vergleiche man nun aber die Meldeszahlen von 2004 mit denen von 1998, dann seien sie sowohl für Stadt- als auch für Landbewohner jeweils um das 1,29fache gestiegen, womit beide Gruppen gleichauf liegen.

Für Frauen zeigt diese Untersuchung eine deutliche Verbesserung ihrer Bildungssituation. Ihr Anteil an den Studenten allgemeiner Hochschulen ist von 38,31% im Jahre 1998 auf 43,95% im Jahr 2002 angestiegen, dabei nahm ihr Anteil an den erfolgreichen Doktoranden sogar noch schneller, nämlich um 10 Prozentpunkte zu.

Als Flaschenhals der Bildungserechtigkeit identifiziert die Untersuchung die Sekundarstufe II. 2002 konnten nur 58,3% der Abgänger der Sekundarstufe I auf die oberen Mittelschulen wechseln, 7,6% mehr als noch 1998; die Übergangsrate von der Sekundarstufe II auf die Hochschulen wuchs im gleichen Zeitraum allerdings um 37,4 Prozentpunkte auf 83,5%.

Bildungsminister Zhou Ji betonte am 18. Februar gegenüber Reportern der *Volkszeitung* erneut die besonderen Fördermaßnahmen seines Ministeriums für ländliche Schüler und Studenten. Für Erstere gelte das Förderprinzip der „zwei Reduktionen und des einen Zuschusses“ (*liang mian yi bu*). Bis 2007 sollen 30 Mio. Schüler aus armen Familien in den Genuss kostenloser Schulbücher und des Erlasses „zusätzlicher Schulgebühren“ (*zafei*) kommen bzw. Zuschüsse für Internatsaufenthalte erhalten. Für Studenten aus armen Familien gebe es verschiedene Unterstützungsmaßnahmen, darunter Stipendien und Beihilfen. Dem ärgerlichen und für Unruhe sorgenden Problem der

willkürlichen Schulgebühren (*jiaoyu luan shoufei*) soll durch das „Projekt Sonnenlicht“ (*yangguang gongcheng*) begegnet werden. Dieses sieht eine völlige Offenlegung der Aufnahmepolitik, -prozeduren und -ergebnisse der Hochschulen vor.

Mit einer gewissen Zufriedenheit berichtet das Bildungsministerium auf der ersten Pressekonferenz im Jahr auch von der „passenden Unterstützung der Hochschulen in den Westprovinzen“, für die vor knapp vier Jahren ein Plan aufgestellt worden war. Seit Juni 2001 ist es danach zu 120 Verträgen zwischen unterstützenden und unterstützten Hochschulen gekommen, 464 Hochschullehrer wurden geschickt, über 5 Mio. Yuan gespendet, Ausrüstungen im Werte von 12 Mio. Yuan, Software mit einem Marktwert von über 100 Mio. Yuan und Bücher im Werte von 1,65 Mio. Yuan gegeben. Die Unterstützung soll auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden. Noch in diesem Jahr soll sie für Xinjiang und Tibet von sechs auf alle Hochschulen ausgeweitet werden. Von 2006-2007 sollen dann alle 20 Hochschulen der Inneren Mongolei, Ningxias und Guangxis (bisher 3) und bis 2010 alle 100 Hochschulen der übrigen Westprovinzen (derzeit 7) einbezogen werden. (RMRB, 16., 20.2.05; GMRB, 27.2.05; XNA, 2.3.05)

Gesellschaft

Günter Schucher

24 Machtkampf der Umweltbehörde gegen Energieriesen unentschieden

Von den 30 Großprojekten mit einem Gesamtvolumen von 188 Mrd. Yuan, die die Chinesische Umweltbehörde SEPA (State Environment Protection Administration) in einem viel beachteten Schritt vorläufig gestoppt hatte (s. C.a., 2005/1, Dok 25), sind inzwischen 26 wieder in Betrieb. Ein Großteil der gestoppten Projekte betrafen den für

China angesichts der seit zwei Jahren anhaltenden Energiekrise äußerst sensitiven Energiesektor. Die SEPA hatte Mitte Januar öffentlich wirksam die im Bau befindlichen 30 Projekte angewiesen sofort die Arbeiten einzustellen. Einige Großprojekte hatten sich allerdings zunächst über die Anweisung hinweggesetzt. Besondere Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang erhielten drei Projekte der Three Gorges Project Group. Zum einen, das Xiluodu-Projekt am oberen Yangzi, dass das zweitgrößte Kraftwerk Chinas werden soll und von Umweltschützern scharf kritisiert wird, sowie zwei weitere Teilprojekte des Drei-Schluchten-Staudamms. Der Betreiber, ein staats-eigenes Unternehmen mit Ministerialrang, hatte sich zunächst gewiegert der Baustopp-Anweisung durch die SEPA Folge zu leisten und es kam zu einem öffentlichkeitswirksamen Streit mit der Umweltbehörde. Letztendlich musste der Energiekonzern einlenken. Nachdem der Vizeminister der SEPA, Pan Yue, Anfang Februar verkünden konnte, dass alle beanstandeten Projekte erfolgreich gestoppt wurden, konnte eines von ihnen, ein Milliardenprojekt der China Huadian in der Provinz Guizhou, bereits Tage später wieder den Baubetrieb aufnehmen. Die China Huadian wurde zuvor von Präsident Hu Jintao im Rahmen einer Kraftwerksbesichtigung in Guizhou zum chinesischen Neujahr am 10. Februar ausdrücklich gelobt.

Mu Guangshen von der Umweltbehörde äußert in der Hongkonger *South China Morning Post* vom 17.2., dass die 26 Projekte, welche die Arbeiten wieder aufnehmen durften, lediglich kleine Probleme gehabt hätten oder die seit September 2003 gesetzlich vorgeschriebene Umweltfolgenprüfung durch die SEPA zwar übergangen hätten, diese aber nachgeholt hätten und deshalb weiterverfolgt werden könnten. Auch für das umstrittene Xiluodu-Projekt der Three Gorges Project Group sei die Genehmigung der SEPA in Vorbereitung. Hintergrund des ungewöhnlich öffentlich ausgetragenen Streits ist offensichtlich der